

# Veranstaltungen

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **112 (2015)**

Heft 1

PDF erstellt am: **17.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Freibeträge für selbstverständliche Leistungen stehen quer in der Landschaft

Wer in Not gerät und nicht in der Lage ist, für sich zu sorgen, hat Anspruch auf Hilfe und Betreuung. Die Bundesverfassung garantiert die Mittel, die für ein menschwürdiges Dasein notwendig sind, das absolute Existenzminimum. Diese Garantie ist Ausgangspunkt meiner Vision. Die SKOS definiert Sozialhilfe mit dem Recht auf Existenzsicherung, gemeint ist das soziale Existenzminimum. Damit bin ich gar nicht einverstanden. In den letzten zwanzig Jahren ist daraus abgeleitet eine Haltung erwachsen, wonach auf das soziale Existenzminimum ein unbedingtes Anrecht bestehe. Dies führt nun in einem nächsten Schritt zu der für mich absolut nicht nachvollziehbaren Forderung nach bedingungslosem Grundeinkommen. Sozialhilfe ist Hilfe in Not, kein Einkommensersatz und keine Versicherung mit Leistungsansprüchen. Es darf nicht sein, dass die zwanzig Prozent einkommensschwächsten, nicht unterstützten Personen gleichviel oder gar weniger zur Verfügung haben als unterstützte Personen mit Zulagen. Sozialhilfe weiter denken beginnt für mich in diesem Spannungsfeld. Wir müssen auf viele Fragen Antworten finden, auch auf jene, wie vermieden werden kann, dass Mitmenschen in Not geraten, wie berufliche und damit wirtschaftliche (Re-)

Integration in Gang gesetzt, beschleunigt sowie allenfalls erzwungen werden kann, und wie mehr Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten für Leistungsschwächere bereitgestellt werden können. Integrationszulagen und Einkommensfreibeträge für selbstverständliche Leistungen Unterstützter scheinen mir völlig quer in der Landschaft zu stehen. Wer nicht unterstützt wird und einkommensschwach ist, muss seinen finanziellen Verpflichtungen auch nachkommen, unbeschadet davon, ob Einschränkungen bei Ferien, Wohnen usw. die Folge sind – ohne jeden finanziellen Anreiz. Wenn die Sozialhilfe beim absoluten Existenzminimum startet, ist der Anreiz weit grösser, dass die erwähnten, selbstverständlichen Anstrengungen zur Integration geleistet werden. Nachhaltige berufliche Integration setzt auch soziale, gesellschaftliche und kulturelle Integration voraus, wofür nicht das soziale Existenzminimum Voraussetzung ist, sondern Verpflichtungen wie die Erlernung der Sprache oder die Anpassung an die schweizerische Kultur. Letzteres bedingt den Wechsel vom Multikulti-Denken zu einer Leitkultur. Passen sich Migrantinnen und Migranten dieser Leitkultur nicht an, verweigern sie die Integration. Dies ist der Solidarität der Schweizer Bevölkerung ebenso abträglich wie

Missbräuche und nicht nachvollziehbares Wachstum bei den Sozialkosten usw. Zu meiner Vision Sozialhilfe gehört auch, die Sozialhilfe wieder stärker in der Bevölkerung zu verankern. Die Solidarität der Bevölkerung umfasst nicht das soziale Existenzminimum, sondern Nothilfe. Weiter sind die Kompetenzen wieder hin zu den Gemeinden zu verschieben. Dort wird Hilfe in der Not am effizientesten geleistet, die Bevölkerung wird über die Sozialbehörde involviert und der Hilfeumfang der Umgebung angepasst. Akzeptanz muss in der Bevölkerung wachsen und nicht mit einem Bundesgesetz erzwungen werden. Angesichts der ungebremsten Kostenexplosion müssen Grundsätze der Sozialhilfe und wesentliche Positionen der Unterstützungsansätze – wieder – von den kantonalen Parlamenten festgelegt werden. Die Stärkung von Sozialbehörden in den Gemeinden und der Einbezug kantonalen Parlamente ist ein Gebot der Stunde. ■

**Ueli Studer**

Gemeindepräsident Köniz, SVP

An dieser Stelle schafft die ZESO Raum für Debatten und Meinungen. Der Inhalt gibt die Meinung des Autors resp. der Autorin wieder.

## VERANSTALTUNGEN

### Instrumente im Kindes- und Erwachsenenschutz

Der Fokus der Tagung ist auf Abklärungsinstrumente im Kindes- und Erwachsenenschutz gerichtet. Das Wissen über Abklärungsinstrumente ist auch in der Mandatsführung von Nutzen, beispielsweise wenn es um die Frage der Notwendigkeit oder Abänderung von Massnahmen geht. Neben Aspekten rund um Abklärung und Diagnostik werden auch Faktoren der Zusammenarbeit thematisiert sowie aktuelle Gesetzesrevisionen im Kindes- und Erwachsenenschutz beleuchtet.

Tagung zum Kindes- und Erwachsenenschutz  
7. Mai 2015, Luzern  
www.hslu.ch

### Rechtsprechung im Sozialversicherungsrecht

Das Sozialversicherungsrecht befindet sich in ständiger Entwicklung. Primär steuert die Gesetzgebung diese Entwicklung, doch oft verändert die Rechtsprechung Entscheidendes. Die diesjährige Sozialversicherungsrechtstagung des Instituts für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis der Universität St. Gallen richtet sich ganz auf die Rechtsprechung des Bundesgerichts aus. Diese wird aus unterschiedlichen Blickwinkeln thematisiert, eingeordnet und gewürdigt.

Sozialversicherungsrechtstagung  
9. Juni 2015, Luzern  
www.irdp.unisg.ch/de/weiterbildung/tagungen

### Übergänge in der sozialen Arbeit

Am Kongress der Schweizerischen Gesellschaft für Soziale Arbeit (SGSA) stehen theoretische und anwendungsorientierte Fragen und Zugänge zu Übergängen in der Sozialarbeit im Zentrum. Das Thema wird auf vier miteinander verschränkten Ebenen diskutiert. Beleuchtet werden gesellschaftliche Übergänge, institutionsbezogene und professionelle Übergänge sowie solche, die sich auf die Biografie der Adressaten der sozialen Arbeit beziehen.

Internationaler Kongress SGSA  
3./4. September 2015, Zürich  
www.sozialarbeit.zhaw.ch/kongress